Landtag Nordrhein-Westfalen

18. Wahlperiode



Ausschussprotokoll APr 18/379

19.10.2023

Innenausschuss

22. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

19. Oktober 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:32 Uhr bis 16:11 Uhr

Vorsitz: Angela Erwin (CDU)

Protokoll: Benjamin Schruff

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

7

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnung zu ändern und die ursprünglichen TOPs 13 und 20 zu den Auswirkungen des Israel-Palästina-Konflikts auf Nordrhein-Westfalen in Verbindung miteinander als neuen TOP 1 zu behandeln.

1 Auswirkungen des Krieges zwischen Israel und der radikal-islamischen Hamas auf die Sicherheitslage in NRW (Bericht beantragt von der FDP-Fraktion [s. Anlage 1])

8

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1754

¹ nichtöffentlicher Sitzungsteil mit der Fortsetzung von TOP 18 siehe nöAPr 18/51

19.10.2023 bas-yö

In Verbindung mit:

Pro-Palästinensische Solidaritätskundgebung in Duisburg (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- Wortbeiträge
- 2 Rechtsstaatlichkeit auch in Nordrhein-Westfalen umsetzen Störer müssen für provozierte Einsätze der Polizei und Folgen ihrer Straftaten zahlen

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3656

Ausschussprotokoll 18/309 (Anhörung vom 17.08.2023)

- abschließende Beratung und Abstimmung
 - Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD ab.

3 Gesetz zur Änderung des Spielbankgesetzes NRW

23

21

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4341

Schriftliche Anhörung des Hauptausschusses Stellungnahmen 18/875, 18/878, 18/883

- abschließende Beratung und Abstimmung
 - keine Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP zu.

19.10.2023 bas-yö

4 Konsequentes Vorgehen gegen islamistische Frauennetzwerke in NRW! – Muslimische Kinder vor ideologischer Radikalisierung schützen 24

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 18/4344

- abschließende Beratung und Abstimmung
 - keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag gegen die Stimmen der AfD-Fraktion mit den Stimmen der übrigen Fraktionen ab.

Persönliche Daten von unschuldig Verfolgten müssen sicher und für die Betroffenen nachprüfbar gelöscht werden

25

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/5841

keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, sich nachrichtlich an der Anhörung des federführenden Ausschusses zu beteiligen.

6 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung Notrufverbindungen

26

Drucksache 18/6019 Vorlage 18/1654

- keine Wortbeiträge

Der Ausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

7 In welchem Umfang ist der rechtsextremistische Verein Artgemeinschaft in Nordrhein-Westfalen aktiv? (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])

27

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1753

Wortbeiträge

12 Aktuelle Fallzahlen bei Angriffen auf Journalisten und Medienschaffende in Nordrhein-Westfalen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])

46

Bericht der Landesregierung Vorlage 18/1752

keine Wortbeiträge

Remscheid: 15-Jähriger versucht, 17-Jährigen mit Flasche zu töten

53

(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])

- mündlicher Bericht der Landesregierung

18

19.10.2023 bas-yö

- 19 Vater versenkt dreijährige Tochter im Kanal? (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 5])
 - 54

- mündlicher Bericht der Landesregierung
- keine Wortbeiträge

* * *

19.10.2023 bas-yö

3 Gesetz zur Änderung des Spielbankgesetzes NRW

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 18/4341

Schriftliche Anhörung des Hauptausschusses Stellungnahmen 18/875, 18/878, 18/883

- abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuss – federführend –, den Innenausschuss, den Haushalts- und Finanzausschuss sowie den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales am 24.05.2023)

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und FDP zu.